

Deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte



Fast eine Generation nach der Wiedervereinigung haben sich die ökonomischen Lebensverhältnisse in den ost- und westdeutschen Bundesländern, insbesondere der materielle Wohlstand, deutlich verbessert. Die Basis für den erreichten materiellen Wohlstand bildet eine zunehmend auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Der Osten hat heute eine moderne Infrastruktur mit gut ausgebauten Verkehrswegen und hoch leistungsfähigen Energienetzen sowie eine hervorragende öffentliche Wissenschaftsinfrastruktur, die aus einem dichten Netz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen besteht. Der Angleichungsprozess an das Wirtschaftsniveau in Westdeutschland hat sich in den letzten Jahren allerdings deutlich verlangsamt. Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen noch spürbare Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner, den Löhnen und Gehältern fort. Gleiches gilt auch für das Steueraufkommen je Einwohner. Die Arbeitslosenquote liegt immer noch deutlich über dem Niveau Westdeutschlands. Sie ist aber selbst in der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote hat seit 2005 von 18,7 Prozent stetig auf 10,7 Prozent abgenommen. Auch der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist erneut gestiegen, und zwar seit 2005 um 9,9 Prozent. Die Haushaltskonsolidierung in den ostdeutschen Flächenländern ist in den vergangenen Jahren vorangeschritten. Seit 2011 erzielten die neuen Länder erfreulicherweise wieder Haushaltsüberschüsse. Den Konsolidierungskurs gilt es in den kommenden Jahren fortzusetzen, um die Schuldenbremse auch angesichts rückgängiger Mittel aus dem Solidarpakt II einzuhalten.

Für die heutigen Höchstfördergebiete der EU-Strukturförderung in den neuen Ländern hat die Bundesregierung ab dem Jahr 2014, dem Beginn der nächsten Förderperiode, erfolgreich ein so genanntes Sicherheitsnetz erreichen können, das ihnen 64 Prozent der Finanzmittel der bis Ende 2013 noch laufenden Förderperiode sichert. Neben dem erreichten materiellen Wohlstandsniveau werden die Lebensverhältnisse maßgeblich durch weitere nicht-materielle Aspekte bestimmt. Wohlstand in diesem weit verstandenen Sinn kann sich unter anderem in den Teilbereichen Bildung, Gesundheit, Freiheit und demokratische Teilhabe widerspiegeln und hier über einzelne Leitindikatoren für diese Bereiche zumindest partiell erfasst werden. Die Bildungsabschlüsse junger Menschen zeichnen ein ambivalentes Bild in den neuen Ländern. In der Rangfolge der Bildungsabschlüsse im Sekundarbereich II bei den 20 bis 24-Jährigen in Deutschland werden die ersten drei Plätze von ostdeutschen Ländern belegt.

Zugleich liegen aber auch die drei Länder mit den meisten Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss in den ostdeutschen Ländern. Die Lebenserwartung hat sich nach der Wende bis heute in beiden Teilen des Landes erfreulicherweise fast angeglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



in dieser Woche kann ich die sehr erfreuliche Nachricht verkünden, dass die Westfälische Landeseisenbahn (WLE) als eines der ersten Unternehmen deutschlandweit von der För-

derung der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) durch den Bund profitiert. Rund 514.000 Euro stellt er für die WLE bereit und fördert damit Investitionen mit einem Volumen von über einer Million Euro. Ich habe mich in der vergangenen Legislaturperiode massiv für die NE-Bahn-Förderung eingesetzt. So ist es 2013 erstmals gelungen, Fördermittel hierfür in den Bundeshaushalt einzustellen.

Ich freue mich außerordentlich über die Förderung. Schließlich entlastet der Schienengüterverkehr die Straßen in unserer Region. Dabei sind besonders die beständigen Kalksteintransporte zwischen Warstein und dem Beckumer Raum zu nennen.

Der Zuwendungsbescheid entlastet auch die WLE in angespannter Kassenlage finanziell. Ich bin mir mit André Pieperjohanns (Geschäftsführer der WVG) einig, für das Streckennetz der WLE weitere Investitionsmittel einzufordern. Es ist erfreulich, dass die Große Koalition auch weiterhin die Förderung der NE-Bahnen im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat.

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Gespräch mit Vertretern der AgrAlko GmbH und Vertretern aus dem BMF und BMEL im Zusammenhang mit dem Ende des Branntweinmonopols
- Treffen mit dem Pflegebeauftragten der Bundesregierung Karl-Josef Laumann
- Diskussionsrunde mit dem Hauptverband der Bauwirtschaft
- Gespräch beim Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe
- Münsterlandrunde
- Abend der AG Verkehr und digitale Infrastruktur

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf meine Homepage www.cdu-sender.de hinweisen.

Ihr

Reinhold Sendker MdB



Gesetzliche Regelungen gegen Kinderpornografie

In der Diskussion um erweiterte gesetzliche Regelungen gegen Kinderpornografie hat die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker erklärt:

„In Deutschland ist der Erwerb, Besitz und die Weitergabe von kinderpornographischem Material verboten. Geregelt ist das in Paragraph 184 b des Strafgesetzbuches, der Kinderpornografie als Darstellung sexueller Handlungen von an oder vor Kindern definiert. Vor dem Hintergrund der jetzigen Diskussion im Fall Edathy müssen wir uns aber genau anschauen, wie wir Grenzbe- reiche regeln können, in denen minderjährige Kinder bislang unter Umständen nicht ausreichend geschützt sind. Allem An- schein nach geht es in diesem Fall um Fotos von minderjährigen Kindern aus der Ukraine und Rumänien. Ihre Körper wurden offenkundig abgelichtet, um die entsprechenden Fotos an erwachsene Konsumenten von Kinderpornographie weiterzuleiten. Wir müssen nun prüfen, ob die Grauzone zwischen erlaubten Schmuddelbildern und strafbarer Kinderpornographie weiter bestehen bleiben kann oder ob wir enger gefasste und weiterführende gesetzliche Regelungen brauchen.“

Es darf nicht sein, dass Fotos von nackten Kindern vermarktet oder gekauft werden dürfen, die sie in ihrer menschlichen Würde und Integrität verletzen, um sexuelle Interessen von Erwachsenen zu befriedigen. Wir können nicht zulassen, dass mit Körpern unschuldiger Kinder Geschäfte gemacht werden.“

Tourismuswirtschaft in Deutschland boomt

Die Tourismuswirtschaft ist in Deutschland ein ökonomisches Schwergewicht und ein Jobmotor. 2,9 Millionen Erwerbstätige sind direkt im Tourismus beschäftigt. Die Branche erzeugt eine Brut- towertschöpfung von nahezu 100 Mrd. Euro und damit 4,4 Prozent der gesamten Brut- towertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft. Die Konsumausgaben der Touristen in Deutsch- land belaufen sich auf fast 280 Mrd. Euro. Das sind beeindruckende Eckdaten einer Branche, deren Wirtschaftskraft lange Zeit unterschätzt wurde. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung betont, dass Deutschland bei den Wachstumszahlen europaweit an der Spitze liegt. Daran hat auch die Tourismuswirtschaft einen nicht unerheblichen Anteil.

Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung wesentlich verbessert und wird dies weiter fortsetzen. Die guten wirtschaftlichen Ergebnisse sind in Deutsch- land vor allem das Verdienst der vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Ein wett- bewerbsfähiger Mittelstand steht deshalb für die Bundesregierung im Zentrum ihrer Wirtschafts- politik. Ziel der Mittelstandspolitik der Bundesregierung ist es, die Rahmenbedingungen für das unternehmerische Handeln so zu gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen ihre Wettbe- werbsfähigkeit ausbauen und Wachstums- und Beschäftigungspotenziale umfassend entfalten können.

- Aktuelle Schwerpunkte der Mittelstandspolitik der Bundesregierung sind das im Sommer 2011 beschlossene Fachkräftekonzept der Bundesregierung mit seinen zwei Säulen der besseren Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials und der Gewinnung von aus- ländischen Fachkräften durch kluge Zuwanderungspolitik,
- die Sicherung der Mittelstandsfinanzierung durch eine mittelstandsgerechte Ausgestal- tung der Vereinbarungen von „Basel III“ zur Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten auf EU-Ebene,
- die Schaffung von unternehmerischen Freiräumen durch Bürokratieabbau. So hat das Re- gierungsprogramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ seit 2006 die Bürokratiekosten für die deutsche Wirtschaft bereits um 25 Prozent gesenkt.

Impressum:

Ausgabe Nr. 04/2014
20. Februar 2014

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion
im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421
Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck